

## Gerichtsprozesse im Rheinland unter alliierter Besetzung 1918-1930

Initiative: Pro Geisteswissenschaften (beendet)

Ausschreibung: Dilthey-Fellowships

Bewilligung: 31.08.2014

Laufzeit: 3 Jahre

Mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages wurde eine als Garantie der Vertragserfüllung gedachte, auf 15 Jahre begrenzte militärische Besetzung des Rheinlandes durch die Siegermächte beschlossen. Da dieses Rheinlandabkommen neben der Einrichtung einer gemeinsamen Oberbehörde, der Interalliierten Rheinlandkommission, auch ein gleichzeitiges Fortbestehen der deutschen Zivilverwaltung vorsah, ergab sich rasch ein konfliktreiches Nebeneinander unterschiedlicher Akteure und hoheitlicher Gewalten. Das Dissertationsvorhaben erschließt diese Situation uneindeutiger Staatsgewalt am Gegenstand von Gerichtsprozessen unter alliierter Beteiligung. Es leistet damit einen Beitrag zur Nach- und Umsetzungsgeschichte der Pariser Friedensverträge und nimmt mit der alliierten Rheinlandbesetzung zugleich ein bislang erstaunlich stiefmütterlich behandeltes Thema der Zwischenkriegszeit in den Blick. Darüber hinaus will die Untersuchung Einsichten in die strukturelle (Ent-) Koppelung von Rechtsprechung und staatlichem Gewaltmonopol zusammentragen sowie dem konstruktivistischen Charakter von Gerichtsverfahren, ihrer inneren Logik wie ihrer externen Aufladung nachgehen.

### Projektbeteiligte

#### **Dr. Marcus M. Payk**

Humboldt-Universität Berlin

Philosophische Fakultät I

Institut für Geschichtswissenschaften

Berlin